

Die Verhandlungen über die Kriegsrüstungen.

Unter dieser Ueberschrift bringt die offiziöse „Prov.-Korr.“ folgenden Artikel:

„Die österreichische Regierung hatte in ihrer Mittheilung vom 31. März c. in Betreff der Rüstungen erklärt, daß den Absichten des Kaisers nichts ferner liege, als ein Angriff gegen Preußen, — sie hatte gleichzeitig die Hoffnung ausgesprochen, daß Preußen ebenso bestimmt und unzweideutig den Verdacht eines beabsichtigten Friedensbruchs zurückweisen und dadurch das allgemeine Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens wiederherstellen werde.“

Die preussische Regierung hat durch ihren Gesandten in Wien auf diese Mittheilung einen Erlaß überreicht, der (in No. 166 unserer Zeitung) schon mitgetheilt ist.

Auf diese Note des preussischen Gesandten hat die österreichische Regierung durch ihren Vertreter in Berlin eine erneute Erklärung abgegeben, in welcher zunächst das lebhafteste Bedauern ausgesprochen wird, daß die Versicherungen der kaiserlichen Regierung in Betreff der österreichischen Rüstungen bei der preussischen Regierung anscheinend nicht unbedingten Glauben gefunden haben. Diese Versicherungen werden sodann dahin wiederholt, daß Oesterreich in keiner Beziehung „ungewöhnliche“ militärische Anordnungen oder Rüstungen „über Gebühr“ getroffen habe. Die kaiserliche Regierung beruft sich dagegen (irrtümlicher Weise) darauf, daß die preussischen Rüstungen im „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht seien, und daß Graf Bismarck die Versicherung, keinen Angriffskrieg gegen Oesterreich zu beabsichtigen, in einer mündlichen Aeußerung gegen den österreichischen Gesandten angeblich abgeschwächt habe. Es wird schließlich der Wunsch ausgesprochen, daß die offen und ausdrücklich angekündigten militärischen Maßregeln in Preußen nicht zur Ausführung gelangen mögen, indem Oesterreich dieser Ausführung gegenüber nicht gleichgültig bleiben könnte.

Man hat dieser Depesche den Charakter einer sogenannten „Sommatio“, d. h. einer dringenden und drohenden Aufforderung zugeschrieben. Einen solchen Charakter hat dieselbe ungeachtet des ernsten Inhalts und Tons nicht. In der Sache wird durch diese Mittheilung Nichts verändert, da die Ausdrücke, in welchen die österreichischen militärischen Maßregeln besprochen werden, eher bekräftigen, als verneinen, daß solche Maßregeln überhaupt und in irgend welcher Ausdehnung stattgefunden haben. Die Berufung auf eine vermeintliche bedrohliche Aeußerung des preussischen Ministers hat sich sofort als das Ergebnis einer durchaus mißverständlichen Uebersetzung desselben und ihre Deutung als völlig unberechtigt herausgestellt. Was die Nichtausführung derselben in Preußen erlangenen Besitze betrifft, so wird von einer Zurücknahme derselben nicht wohl die Rede sein können, so lange Preußen nicht volle Gewissheit darüber hat, daß die militärischen Verhältnisse in Böhmen in jeder Beziehung dem Friedensstande entsprechen. Die That- sache kann nicht in Abrede gestellt werden, daß in Böhmen, in un- mittelbarer Nähe der preussischen Grenze, sowohl eine Vermehrung als auch eine anderweitige Zusammenziehung der österreichischen Truppen stattgefunden hat und daß durch die Verlegung der böhmischen Regimenter in ihre Rekrutierungsbezirke die Möglichkeit zur schleunigsten Einberufung der Umlauber geschaffen ist. Diesen That- sachen gegenüber konnte und durfte die preussische Regierung nicht unterlassen, ihrerseits wenigstens die ersten Vorbereitungen zur etwaigen Vertheidigung zu treffen. Sie war es der Provinz Schlesien unbedingt schuldig, keine Ungewissheit und Besorgniß darüber aufkommen zu lassen, daß sie, falls jene Rüstungen auf österreichischer Seite einen bedrohlicheren Charakter annähmen, Willens und im Stande sei, den davon zunächst betroffenen Landestheilen den nöthigen Schutz zu gewähren.

Nur diese Bedeutung und nur die hierdurch bedingte Ausdehnung haben die am 27. und 29. März beschlossenen preussischen Maßregeln: Niemand wird behaupten wollen, daß eine Erhöhung der Infanterie-Bataillone jener Landestheile auf die normale Friedensstärke, d. h. auf 686 Mann, eine Rüstung zu einem Angriffskriege sei. Zur Vertheidigung der österreichischen Rüstungen wird vielfach behauptet: Oesterreich sei zu denselben veranlaßt, ja genöthigt gewesen, weil Preußen seit dem 7. Februar keine Verhandlungen mehr mit Oesterreich gepflogen habe, und weil über Preußens weitere Absichten „düstere und bedrohliche Gerüchte“ verbreitet gewesen seien. — Wenn hiernach schon bloße Gerüchte, ohne irgend einen bedrohlichen thatächlichen Schritt Preußens, als hinreichend erachtet werden, um Oesterreichs Rüstungen zu rechtfertigen, — wer kann dann Preußen einen Vorwurf daraus machen, daß es sich durch wirkliche und unlegbare Rüstungen dicht an seiner Grenze veranlaßt gefunden hat, die nothwendigsten Maßnahmen zur etwa erforderlichen Abwehr zu treffen. Man wird nicht erwarten, daß diese Maßnahmen, deren lediglich auf die Vertheidigung gerichteter Charakter klar zu Tage liegt, aufgehoben werden, so lange die Umstände, welche sie hervorgerufen haben, nicht beseitigt sind. Es ist möglich, daß die österreichische Regierung nunmehr den schon früher in Aussicht gestellten Weg einer Beschwerde beim Bunde betritt, — jedoch nach der bisherigen Stimmung der deutschen Regierungen schwerlich mit Erfolg, gewiß nicht mit dem Erfolg, Preußen von der Verfolgung und Aufrechterhaltung seines guten Rechts und seiner naturgemäßen Ansprüche weichen zu lassen.

Deutschland.

Berlin, 11. April. Se. Majestät der König nahmen heute den Vortrag des Rabinetsraths v. Müllers und im Beisein des Gouverneurs und des Kommandanten militärische Meldungen entgegen. Im Laufe des Nachmittags wurde der kommandirende General des 8. Armeekorps, General der Infanterie, Herwarth von Bittenfeld, von Sr. Majestät empfangen, und sodann hatten der

Staatsminister Graf Eulenburg und demnächst der Staatsminister v. Müllers Vortrag bei Allerhöchstdemselben.

— **Se. K. H. der Kronprinz** empfing gestern Vormittag Se. H. den Prinzen Karl von Hohenzollern, nahm hierauf die Meldungen des General-Majors und Kommandeurs der 7. Infanterie-Brigade, v. Schlabrendorff, des Oberst-Lieutenants und Kommandeurs des 4. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 21, v. Krew, und Anderer entgegen und ertheilte dann dem General-Musik-Direktor Wieprecht und dem Professor Curtius aus Göttingen Audienz. Um 5 Uhr speisten S. D. der Fürst und die Fürstin Putbus bei den höchsten Herrschaften und um 8 Uhr erschien S. Maj. die Königin im Kronprinzlichen Palais.

Berlin, 11. April. Die „Zeidl. Corr.“ schreibt über die gestern charakterisirte österreichische Note: Wenn eine Macht befugt war, die Forderung der Entwaffnung zuerst zu stellen, so war es Preußen. Man ist zu dem Verdacht berechtigt, daß das Wiener Kabinet gegen eine von Preußen zu erhebende Forderung dieser Art, zu welcher Oesterreich seit Wochen die Veranlassung geliefert, das Prävenire hat spielen wollen. Wird es aber jetzt noch dem Wiener Kabinet gelingen können, den Satz aufrecht zu erhalten, daß es stets bestrebt sei, die Spannung zu mildern? Selten ist es in der Geschichte vorgekommen, daß eine Regierung, welche durch ihre Rüstungen die Gegenrüstungen erzwang, die Einstellung der letzteren vor der Sistirung der eigenen militärischen Maßregeln forderte!

— Ueber die schon besprochene österreichische Note, welche die Einstellung der preussischen Rüstungen fordert, sagt ein Wiener Blatt: „Der Charakter der Note soll demjenigen einer Sommatio gleich sein, und man glaubt, daß nach einer unbefriedigenden Antwort auf dieselbe Oesterreich sofort an den deutschen Bund den Antrag auf Kriegsbereitschaft (der vier deutschen Armeekorps gegen Preußen) gelangen lassen wird.“ (Sollte Oesterreich diesen Antrag wirklich beim Bunde stellen und der Bund ihn annehmen, — so wäre damit der Krieg erklärt. Wir können es doch kaum glauben, daß Oesterreich, beziehentlich die deutschen Staaten, so weit vorgehen sollten.)

— Die „Bair. Ztg.“ schreibt: Nachdem in der preussischen Zirkulardepesche vom 24. v. M. die Gefahr eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen offiziell ausgesprochen worden, hielt es die königl. bairische Regierung für ihren Beruf, ohne Säumen einen Versuch zur Abwendung dieses Unheils und zur Anbahnung von Verhandlungen zu machen. Sie hat deshalb, nachdem die am 27. v. M. auf Grund jener Zirkulardepesche gestellte mündliche Anfrage am 29. v. M. mündlich beantwortet war, am 31. v. M. an die K. Gesandten zu Wien und Berlin eine schriftliche Anfrage zur Uebermittlung an die Grafen Bismarck und Mensdorff erlassen. Die Antworten der Kabinete von Wien und Berlin sind bereits erfolgt. Sie sind beide vom 5. d. M. datirt und begründen die Hoffnung, daß zur Zeit ein gewaltsamer Konflikt nicht zu befürchten ist und daß beide Regierungen geneigt sind, zur Lösung der Schwierigkeiten den Weg der Unterhandlungen unter sich und mit ihren Bundesgenossen zu betreten.

— Die neueste „Prov.-Korr.“ sagt in Bezug auf den von Preußen beim Bunde eingereichten Antrag: Unsere Regierung hat mit ihrem Antrage für die Bundes-Reform ein Werk von der höchsten Bedeutung in die Hand genommen. Der Charakter der jetzigen Regierung bürgt dafür, daß sie es in dem vollen Bewußtsein der damit übernommenen schweren Verantwortung und mit dem Willen entschiedener kräftiger Durchführung begonnen hat. Sie rechnet dabei auf die volle Hingebung des preussischen Volkes an seinen großen nationalen Beruf, sowie auf den Ernst nationaler Begeisterung in ganz Deutschland. Die deutschen Regierungen werden sich nicht verhehlen können, welche Verantwortung in Bezug auf das Gelingen der wichtigen Aufgaben zunächst auf ihnen ruht, und wie sie sich den Pflichten für dieselbe nicht ohne schwere Folgen entziehen könnten. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß mehrere der bedeutendsten deutschen Regierungen bereit sind, Preußen auf dem betretenen Wege mit Entschiedenheit zu folgen. Die ernst patriotischen Männer im deutschen Volke aber mögen alle Bedenken und allen Hader des Partewisens in hochherzigem Entschlusse bei Seite setzen und mit lebendiger Zuversicht die Gelegenheit ergreifen, um im Verein mit der preussischen und mit gleichgesinnten Regierungen das alte Schicksal des deutschen Volkes nach kräftiger Einigung erfüllen zu helfen. Das walte Gott.

— (Prov.-Korr.) Se. Majestät der König, welcher die gegenwärtigen schweren Anforderungen seines königlichen Amtes mit gewohnter unermüdbaren Thätigkeit erfüllt, begab sich in der vergangenen Woche mehrfach persönlich zu dem Ministerpräsidenten, Grafen v. Bismarck, um von demselben die regelmäßigen Vorträge entgegenzunehmen. Letzterer war nämlich durch ein Fußübel genöthigt, das Zimmer zu hüten, ist jedoch soweit wieder hergestellt, daß er den Geschäften in jeder Beziehung in hergebrachter Weise obzuliegen vermag.

— Ueber die Verhaftung des Grafen Walderssee schreibt das ministerielle Organ: „Ein preussischer Offizier, Graf Walderssee, welcher sich mit regelrechtem auf seinen Namen ausgestelltem Passe in Oesterreich aufhielt, ist in voriger Woche in Prag auf den Verdacht hin, militärische Erkundigungen dort einzuziehen, verhaftet, durchsucht und vor eine militärische Untersuchungs-Kommission gestellt, dann auf Befehl aus Wien zwar freigelassen, jedoch zwangsweise aus Böhmen entfernt worden. Abgesehen von der Ungebühr in diesem Verfahren, worüber unsere Regierung unzweifelhaft Rechenschaft fordern wird, wirft der Vorfall ein eigenthümliches Licht auf die Versicherungen der österreichischen Organe, daß in Böhmen keine militärischen Vorkehrungen getroffen seien: wäre dies der Fall, so würde ja das österreichische Interesse gerade er-

fordern, daß preussische Offiziere sich durch den Augenschein davon Ueberzeugung verschaffen. Es muß übrigens bemerkt werden, daß die preussische Regierung, wenn sie dem Beispiele Oesterreichs in der in Rede stehenden Beziehung folgen wollte, durch das Verhalten einzelner der österreichischen Regierung nahe stehender Personen ausreichenden Anlaß dazu hätte. Sie verschmäht jedoch derartige Schritte.

— Die heute Abend stattgehabte Versammlung der Berliner Mitglieder des Nationalvereins nahm einstimmig Resolutionen an, welche sich für den militärischen und maritimen Anschluß der Herzogthümer, und gegen gewaltsame Annexion aussprechen, deren Durchführung Preußen mit der Verantwortlichkeit des Krieges und der Einmischung des Auslandes belasten würde. Die Bundesreform könne nur erfolgreich sein unter Leitung eines Staats, welcher das Verfassungsrecht des eigenen Landes verwirklicht.

— Der königlichen Regierung zu Danzig ist aus Anlaß der bevorstehenden Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens zur Ausschmückung ihres Sitzungssaales das Bildniß Sr. Maj. des Königs und dasjenige Königs Friedrich Wilhelm IV. von Sr. Maj. dem Könige verliehen worden.

— Vorbehaltlich des Rechtsweges hat das Kultusministerium neuerdings entschieden, daß, wo einem Gutsherrn die Schulhausbaupflicht obliegt, derselbe dieser Pflicht auch dann zu genügen hat, wenn ein Schulwald vorhanden ist.

Gumbinnen, 10. April. Das Regierungs-Amtsblatt zu Gumbinnen enthält eine Bekanntmachung, nach welcher Sr. Maj. der König dem Provinzial-Chauffeebaufonds zur Hebung des Verdienstes der unteren Klassen der Bevölkerung ein erst vom Jahre 1872 ab in mäßigen Raten rückzahlbares Darlehen von 100,000 Thlr. zur ausschließlichen Verwendung für den Regierungsbezirk Gumbinnen gewährt hat. (Für die Chauffeebauten der Provinz sind seitens des Handelsministeriums 169,000 Thaler zur Disposition gestellt. Im Regierungsbezirk Gumbinnen ist namentlich die ländliche Bevölkerung gegenwärtig in bedrängter Lage.)

Kosel, 9. April. Der Magistrat macht Folgendes bekannt: „Auf die erste Nachricht einer feindlichen Grenzüberschreitung wird hier sofort der Belagerungszustand proklamirt werden. Sämmtliche Einwohner, welche sich bis dahin nicht auf sechs Monate verproviantirt haben, werden alsdann zum Verlassen der Festung unachtsächlich gezwungen werden. Das Proviandquantum für den Kopf und Tag erfährt man im königl. Proviand-Amt. Der Magistrat.“

Slogau, 9. April. Der „Schles. Ztg.“ berichtet man Folgendes: Heute ist die Ordre eingetroffen, daß die drei Munitionskolonnen der 1. Infanterie-Brigade des Niederschles. Inf.-Art.-Regts. Nr. 5 sofort in Stand gesetzt werden sollen. Die Munitionen sollen gefertigt und so verpackt werden, daß die Kolonnen bei eingehendem Befehl unverzüglich versendet werden können. Wie wir hören, werden von morgen an 1000 Mann mit der Anfertigung der Munitionen u. s. w. beschäftigt werden.

— Der hier stattfindende freihändige Ankauf der zur Augmentirung der Batterien nöthigen Zug- und Reitpferde nimmt von Tag zu Tag einen größeren Umfang; heute waren nahe an 200 Pferde zum Verkauf gestellt worden. Von den bis heute zum Verkauf gestellten 500 Pferden sind etwa 190 Stück zum Durchschnittspreis von 140—150 Thlr. gekauft worden.

Flensburg, 8. April. Heute erschien hier folgende polizeiliche Verordnung:

„Da das Aushängen von Flaggen in den Straßen, so wie das Illuminiren am heutigen Tage als unzulässige Demonstration zur Feier des Geburtstages einer Tochter Sr. Durchlaucht des Erbprinzen von Angustenburg angesehen werden möchte, so wird solches hiemit von Polizeiwegen ausdrücklich untersagt und mit namhafter Brüche belegt. — Die Polizei-Offizianten werden angewiesen, nöthigenfalls Lichter, Flaggen etc. zu konfisziren.“

Flensburg, im Polizeiamt, 8. April 1866. Tiedemann.

— Die „Flensb. N. Z.“ schreibt: Heute wehten 6—7 Fahnen in der Stadt, wahrscheinlich wegen der Entbindung der Frau Erbprinzessin von Angustenburg, dieselben wurden aber Nachmittags wieder eingezogen.

Freiburg im Br., 9. April. Der Erzbischof, welcher von einem katarthalschen Fieber befallen war, das bei dem hohen Alter des Kranken leicht bedenkliche Folgen haben konnte, ist wieder entschieden auf dem Wege der Besserung.

Dresden, 10. April. Der „L. Abend.“ wird mitgetheilt, daß die Regierung damit umgehe, abermals eine Staatseinnahme abzuschaffen, und zwar werde dieselbe dem nächsten Landtage eine Vorlage darüber machen (bez. die Entschließung der Kammern provociren), entweder die Salz- und Schlachtsteuer oder die Landes-Lotterie aufzuheben.

— Se. Maj. der König hat den wegen der Cholera-Epidemie im vorigen Jahre nach Werdau entsendeten 8 Diakonissen der hiesigen Diakonissenanstalt am Osterfest durch den Staats-Minister Frhn. v. Beust goldene und silberne Medaillen zutheilen lassen, die, eigens zu diesem Zwecke geprägt, auf der einen Seite den Kopf des Königs, auf der andern in einem Eichenfranze die Inschrift: „Der unerforschlenen Pflichttreue“ tragen.

Jena, 9. April. Heute wurde hier der preussische Kreisrichter Blochmann aus Stolberg (fortschrittlicher Landtags-Abgeordneter für den Wahlkreis Sangerhausen-Erfurt) zum Bürgermeister gewählt.

Wien, 9. April. In Pesth halten jetzt bloß die verschiedenen Ausschüsse Sitzungen. Die erste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses dürfte erst Mittwoch und vielleicht schon in dem neu erbauten Saale stattfinden. Was man von den Ausschuss-Sitzungen vernimmt, lautet nicht sehr tröstlich für ein baldiges Zustandekommen eines befriedigenden Ausgleiches. Die Majorität besteht auf

den in der zweiten Adresse ausgesprochenen Grundsätzen, zu denen die Regierung sich schwerlich bekennen wird und kann. Andererseits hört man, daß die Magnatentafel diese Adresse, welche am 16. d. M. vor ihr Forum kommt, einfach ablehnen wird. Allgemein wird mit Bestimmtheit angenommen, daß im Ministerium wenigstens in der Beziehung Einigkeit herrsche, daß weder Ungarn, noch den anderen Ländern des Reiches ein verantwortliches Ministerium zu bewilligen sei. — Aus Siebenbürgen wird geschrieben, daß bei den dortigen Wahlen die Bestechung von Seiten der Magyaren in ausgebreiteter Weise betrieben wird. Viele rumänische Wähler sollen ihre Stimmen für ein Glas Schnaps verkaufen. — Die Werbungen für Mexiko sind beendet. Es meldeten sich bedeutend mehr Freiwillige, als aufgenommen werden konnten.

— Aus Wien, 9. April, schreibt der „Wanderer“: Von gut unterrichteter Seite geht uns heute die Mittheilung zu, daß die österreichische Rückäußerung auf die letzte preussische Depesche, die wirklich gegen alle bisherige Uebung sehr rasch erfolgte, durchaus nicht den Charakter einer Commation an sich trägt, und überhaupt nicht in der solennen Form der ersten Note (vom 31. v. M.) erlassen wurde. Sie soll dem Ton und Inhalt nach sehr gemäßigt sein und die Absicht kundgeben, die Streitfrage mit Preußen wieder in das Fahrwasser der Verhandlungen hinüber zu leiten.

Paris, 10. April. Die Berserkerwuth, mit welcher die österreichische Presse gegen Preußen zu Felde zieht, die Ruhe dagegen und der Anstand, welcher von den preussischen Blättern bewahrt wird, macht hier einen ganz eigenthümlichen Eindruck. Einem gewissen Herrn werden jeden Morgen auszugsweise die Hauptartikel der preussischen, wie der österreichischen Journale mitgetheilt; gestern Morgen äußerte er spöttisch: „Die österreichische Kriegführung ist ganz homerisch, sie beginnt mit Schimpfen!“ Herr Fould, der Freund Oesterreichs, war sehr betreten darüber. — Neulich ist auch wieder mal eins von den kleinen Vorlesungsstücken zum Vorschein gekommen, welche der unglückliche Ludwig XVI. so kunstreich zu schmieden verstand. Es trug die Inschrift: „Ludovicus XVI. me fecit.“ Der Findex bezahlte es mit 4 Francs; als er es aber am folgenden Tage an einen Herrn im Faubourg Saint-Germain für 2400 Francs verkauft hatte, war er so großmüthig, dem Trödler die Hälfte dieser Summe zu überbringen.

— Die telegraphische Nachricht von dem preussischen Antrage auf Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund des allgemeinen Stimmrechts hat in Paris einen ganz eigenthümlichen Eindruck gemacht. In den Regierungskreisen scheint man darauf vorbereitet gewesen zu sein; die Blätter rühren sich noch nicht, bis auf „Avenir“ und „Opinion nationale“. Das erste Blatt ist anti-preussisch, das zweite sieht darin einen schweren Schlag für Oesterreich und sagt geradezu: „Oesterreich stützt sich auf die Regierungen, Preußen auf das Volk!“

London, 10. April. Herrn Peabody zu Ehren, dem die Wohlthätigkeits-Anstalten der City so viel verdanken und dem die Königin vor Kurzem in einem eigenhändigen Schreiben ihre Anerkennung ausgesprochen, werden jetzt die großen City-Kaufleute ein Abschieds-Bankett veranstalten. Herr Peabody kehrt auf längere Zeit nach Nordamerika, dessen Bürger er ist, zurück.

Turin, 6. April. Heute findet zu Florenz der angeforderte Kurierath statt, zu welchem die angesehensten Generale der italienischen Armee zusammenberufen wurden. Cialdini, Menabrea, Bixio, die beiden Durando, della Rocca, Dabormida, Pianelli, Pettiti u. A. sind zur Arnstadt gereist, in welcher der König, von Mailand kommend, noch rechtzeitig einzutreffen gedenkt, um an den Beratungen Theil nehmen zu können. Was wird dort beschlossen werden? so fragt man sich allgemein, ohne natürlich auch nur eine einigermaßen befriedigende Antwort geben zu können. Viele (und es sind gerade nicht die Kriegslustigen) sind der Ansicht, daß Italien Oesterreich durch seine jüngste Haltung zu sehr provoziert hat, als daß es wieder zurückgehen könnte, selbst wenn eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich zu Stande käme. Innere und äußere Gründe mangeln allerdings nicht, um nochmals das Wagniß mit dem ominösen „Italia sarà da se“ anzurathen, zumal man sich im Stillen damit tröstet, daß am Ende aller Ende und im schlimmsten Falle Frankreich dennoch nicht passiv verbleiben und seine eigene Schöpfung zu Grunde gehen lassen kann. Zwischen wird mit den Rüstungen ununterbrochen fortgeföhren und, was zu allerhand Clößen Veranlassung giebt, in der Marine in ungleich ausgebreiteter Weise, als bei der Armer, obgleich auch da nicht geseiert wird. Der Generalsekretär des Marine-Ministeriums, d'Amico, hat sich nach Neapel begeben, um dort die ansehnliche Ausrüstung vieler Transportschiffe zu überwachen und zu betreiben, was nur geeignet ist, die verbreiteten Gerüchte von einer beabsichtigten Landung an der österreichisch- oder türkisch-adratischen Küste zu vermehren.

— Das zu Neapel erscheinende Journal „Roma“ meldet, daß im dortigen San Carlo-Theater nach dem zweiten Akte der Oper „Marie de Rohan“, als die Zuschauer in einer Loge des zweiten Ranges den Ex-Minister Rattazzi nebst Gattin, der bekannten Bonaparte-Witwe, erblickten, in ein wildes Geschrei und Gepseife, gemischt mit dem Rufe: Hinaus mit Rattazzi! ausbrachen, welches nicht endete, als bis der Vorhang wieder aufging. Am Ende des dritten Aktes war das Ehepaar verschwunden.

Kopenhagen, 8. April. „Dagbladet“ spricht sein Erstaunen darüber aus, daß die preussischen Kosten aus dem letzten Kriege für Heer und Flotte zusammen nur nahezu 21 Mill. Thlr. betragen, während allein das dänische Landheer in demselben Zeitraum außerordentlicher Weise 19 Mill. Rthlr. erforderte.

Bukarest, 4. April. Vorgestern hielt die provisorische Regierung eine Revue über die Truppen der hiesigen Garnison ab; nach Beendigung derselben wurde den Soldaten folgender Tagesbefehl vorgelesen:

Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Die glorreiche That des 11. Februar hat Rumänien auf eine neue Bahn des Glücks (?) geleitet, und die Armee hat sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Unter Eurer Fahne vereinigt, werdet Ihr, wie immer, das Vaterland und seine Rechte zu vertheidigen wissen; und so können Eures Vorfahren, welche einst unsere Aeltern nach Calugareni und Masboceni getragen haben, stolz auf ihre Söhne sein und Euch segnen. Eures Patriotismus und Eurer Ergebenheit sicher, setzt das Vaterland heute seine ganze Hoffnung auf Euch. Es lebe Rumänien, das eine und ungetheilte. Es lebe Philipp I.“

Die Komödie mit Fürst Philipp I. wird also, wie aus diesem Tagesbefehl ersichtlich, von der Regierung noch immer weiter fortgespielt. — In den zum Behuf der Wahlen abgehaltenen politischen Versammlungen geht es bereits recht lebhaft zu. Am vergangenen Sonntag war nicht allein der im Kultusministerium zu diesem Zwecke eingeräumte Saal vollständig angefüllt, sondern auch der vor dem Ministerium belegene freie Platz dicht mit Menschen besetzt, die mit der inwendig tagenden Versammlung im eifrigsten Rapport standen. Das Journal „Debatereil“ macht es den Wählern zu Pflicht keinen Kandidaten auf die Wahlliste zu setzen, der nicht zuvor einen feierlichen Eid geleistet, daß er für die Union unter einem fremden Fürsten, so wie für eine konstitutionelle Regierung nach dem Muster der belgischen mit allen seinen Kräften in der Kammer kämpfen wolle. Was man hier zu Lande wohl für eine Vorstellung von der belgischen Verfassung haben mag? Zu den Angriffs- und Großmachts-Ideen, welche von der Volkspartei gehegt und gepflegt werden, würde eine derartige Verfassung wohl nicht recht passen.

Vomern.

Stettin, 12. April. (Sitzung der politechnischen Gesellschaft am 5. April.) Der Vorsitzende, Herr Dr. Delbrück, kündigte an, daß die heutige Sitzung die letzte der ordentlichen Sitzungen dieses Frühjahrs sei; es solle jedoch am nächsten Freitag noch eine außerordentliche Sitzung gehalten werden, zu welcher auch Damen, die von Mitgliedern des Vereins eingeführt werden, Zutritt haben. In dieser Sitzung wird Herr Obermaschinenmeister Kretschmer einen Vortrag über Nähmaschinen halten und große Modelle der einzelnen Maschinentheile vorzeigen, durch welche es möglich wird, auch die Konstruktion der feineren Theile dieser Maschinen einem größeren Publikum verständlich zu machen. Ferner theilte Herr Dr. Delbrück mit, daß in der Vereinsbibliothek viele Bücher fehlen; er ersuchte deshalb die Mitglieder der Gesellschaft, welche noch Bücher aus der Bibliothek in Händen haben, dieselben möglichst bald an Herrn Dr. Schür abzuliefern.

In einer früheren Sitzung hatte eine Debatte über die häufigsten Ursachen der Dampfeserlosionen stattgefunden. Herr Kretschmer, welcher in dieser Sitzung nicht anwesend war, theilte nachträglich noch einige Erfahrungen über die Ursachen von Kessel-erlosionen mit. Er führte an, daß sehr viele Explosionen durch den mangelhaften Zustand derjenigen Apparate verschuldet werden, welche dazu dienen, die Dampfspannung und den Wasserstand im Kessel zu kontrolliren. Namentlich warnte er vor den sogenannten selbstthätigen Sicherheitsvorrichtungen, welche häufig ihren Dienst versagen, während der Heizer oder Maschinenwärter durch das Vertrauen auf diese Vorrichtungen zu einer weniger sorgfältigen Beaufsichtigung des Kessels verleitet wird. Zu diesen selbstthätigen Sicherheitsvorrichtungen gehören die Pfropfen aus einer leicht schmelzbaren Metalllegirung, welche schmelzen sollen, sobald der Wasserstand im Kessel unter ein bestimmtes Niveau sinkt; durch theilweise Oridation oder andere Ursachen erleiden diese Pfropfen mit der Zeit Veränderungen, durch welche ihr Schmelzpunkt erhöht wird. Ferner gehören hierhin die Alarmsirenen, welche pfeifen sollen, sobald der Wasserstand im Kessel zu niedrig ist, aber häufig, durch Schmutz verstopft, das warnende Signal zur rechten Zeit nicht geben. Es kommt auch vor, daß ein Wasserstandglas den Wasserstand im Kessel nicht richtig anzeigt. Dies geschieht dann, wenn das Rohr, durch welches der Dampfraum des Kessels mit dem Wasserstandglas in Verbindung steht, ziemlich lang und eng und der Hahn in diesem Rohr nicht ganz dicht ist. Es kann dann vorkommen, daß der Druck im Kessel merklich größer ist als im Wasserstandsrohr, und letzteres muß dann den Wasserstand zu hoch angeben. Mangelhafte Speisevorrichtungen können ebenfalls Veranlassung zu Explosionen geben. Es ist z. B. vorgekommen, daß wegen der Undichtigkeit eines Ventils im Speiserohr durch den Dampfdruck fast alles Wasser aus dem Kessel getrieben wurde. Wird eine solche Undichtigkeit nicht rechtzeitig bemerkt, so kann eine starke Ueberhitzung und Explosion des Kessels die Folge sein.

In einer Frage wurde Auskunft verlangt, ob mit dem Fiedischen Dampfessel bereits in Deutschland Erfahrungen gemacht seien, und ob es sich empfehlen würde, die Röhren der Fiedischen Kessel auch in einem Cornwall'schen Kessel anzubringen. Hr. Kretschmer theilte mit, daß sich die Fiedischen Kessel bei kleineren Maschinen, z. B. Dampfmaschinen, die in kurzer Zeit eine große Menge Dampf liefern müssen, gut bewährt hätten, bei größeren Maschinen habe er sie noch nicht gesehen. Den zweiten Theil der Frage müsse er verneinen, weil durch die vielen Röhren das Feuerrohr des Cornwall'schen Kessels zu sehr geschwächt würde. Auch Hr. Dr. Delbrück war der Ansicht, daß die Röhren für den Cornwall'schen Kessel nicht zweckmäßig seien, weil außer dem von Hr. Kretschmer angeführten Grunde auch der Luftzug durch die vielen Röhren zu sehr gehemmt würde.

Herr Dr. Scheibler machte einige statistische Mittheilungen über die Berg- und Hüttenwerfprodukte Europa's. Wir erwähnen aus diesen Mittheilungen, daß Europa jährlich 2550 Millionen Centner Kohlen, 157 Mill. Centner Eisen und 95 Mill. Centner Salz produziert. An dieser Produktion ist Preußen theilhaftig mit 338 Mill. Ctr. Kohlen, 10 Mill. Ctr. Eisen und 3 1/2 Mill. Ctr. Salz. Ferner theilte Hr. Dr. Scheibler mit, daß von dem Mechanikus Marcus in Wien ein Apparat konstruirt worden ist, durch den angeblich die schon häufig versuchte Lösung der Aufgabe gelungen ist, atmosphärische Luft mit den Dämpfen flüssiger Kohlenwasserstoffe so zu mischen, daß dies Gemisch als Leuchtgas verwendet werden kann.

Herr Dr. Scheibler kündigte der Gesellschaft an, daß er sein Amt als Vorsitzender niederlegen müsse, weil er im Laufe des Sommers Stettin verlassen werde und nahm Abschied von der Gesellschaft. Die Versammlung erhob sich von ihren Sitzen. Hr. Dr. Delbrück hob hervor, wie viel die Gesellschaft dem Herrn Dr. Scheibler verdanke. Herr Dr. Scheibler sei als der eigentliche Stifter der Gesellschaft zu betrachten, da auf seinen Antrag der früher hier bestehende, nur für einen kleinen Kreis von Fachgenossen bestimmte technische Verein sich in einen polytechnischen umgewandelt habe, und während der ganzen Dauer des Bestehens der Gesellschaft sei er mit der größten Hingebung für dieselbe thätig gewesen.

— Als Inserat für unsere Zeitung erhielten wir heute Morgen folgende Depesche, die bei der jetzigen Situation von allge-

meinem Interesse ist: Flensburg, 12. April Morgens. Drei Schachtmeister, die bei der Befestigung von Alsen mit 1000 Arbeitern Schanzungsarbeiten übernehmen wollen und Sicherheit gewähren können, wollen sich bis zum 17. April in Berlin, Planufer 14, melden. Panknin, Bauunternehmer.

— Der Ortsvorsteher Tütscher in Stepenitz ist kommissarisch und widerrüflich zum Substituten des Polizei-Anwalts, Domainen-Rentmeisters Tsch daselbst bestellt worden.

— Nach einer Bestimmung der General-Steuer-Direktion zu Berlin soll, wie die „Magdeburger Ztg.“ mittheilt, nur für solchen Rübenroh Zucker eine Erstattung der Rübenzuckersteuer eintreten, in welchem bei der Prüfung — Polarisation — ein Gehalt von mindestens 86 pCt. krystallinischen Zuckers vorgefunden wird.

Stralsund, 11. April. In der „Beilage zum Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit“ (dem Organ des germanischen Museums zu Nürnberg) 1866, Nr. 3, S. 117 befindet sich folgender Artikel:

„Die treffliche Sammlung norddeutscher und insbesondere in Pommern gefundener Alterthümer in Stein und Bronze, welche der im vergangenen Herbst zu Greifswald verstorbene Dr. Friedrich v. Hagenow während eines Zeitraums von mehr denn 40 Jahren mit Eifer und Glück zusammengebracht hat, ist in ihrer Gesamtheit dem Vaterlande und deutscher Wissenschaft erhalten worden. Es hat nämlich das junge Provinzialmuseum zu Stralsund diese Sammlung um den Preis von ca. 1600 Thalern angekauft, im Vertrauen, durch Freunde heimischer Alterthumskunde den in den drei Raten abzuführenden Kaufpreis sich geboten (?) zu sehen. Die gehoffte Hülfe wird dem anerkanntwerthen und mit Freunden zu begrüßenden Unternehmen auch sicher nicht ausbleiben. Schon sind von Privaten Beiträge von 100, 30, 10 Thlrn. u. s. w. geleistet worden. Der literarisch-gesellige Verein zu Stralsund (auch an der Förderung des germanischen Nationalmuseums zu Nürnberg in sehr löblicher Weise theilhaftig) hat die Summe von 100 Thlrn. bewilligt, und weitere und noch größere Beiträge sehen von den Landständen und von der Stadt Stralsund zu hoffen, die dem jungen, durch Erwerbung der Hagenow'schen Sammlung so schnell zu Bedeutung gelangten Provinzialmuseum im oberen Stockwerke ihres stattlichen Rathhauses ein mit großer Liberalität ausgestattetes Asyl geboten hat.“

Stralsund, 10. April. Der Worthalter des bürgerrechtlichen Repräsentanten-Kollegiums, Justizrath Wagener, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt; in der heutigen Sitzung des Kollegiums ist dafür der Rechtskandidat Ziemssen zum Bürgerworthalter erwählt worden.

Neueste Nachrichten.

München, 11. April, Abends. Die bayerische Regierung hat beschlossen, die Pferdeausfuhr über die Zollvereinsgrenzen zu verbieten. Die bezügliche Bekanntmachung erfolgt morgen im Regierungsblatt.

London, 11. April, Abends. „Reuter's Office“ meldet: New York, 31. März. Das Repräsentantenhaus hat den Antrag Stevens, den Baumwollenerport zu besteuern, verworfen. Es ist Befehl zur Auflösung aller Freiwilligenkorps in Kanada ertheilt worden.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Potsdam, 12. April. Das Kronprinzliche Paar traf in vergangener Nacht gegen 1 Uhr aus Berlin hier ein. Die Frau Kronprinzessin wurde heute Morgen 6 Uhr von einer Prinzessin entbunden.

Schiffsberichte.

Ewinemünde, 11. April, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Luise Richards, Wilde von Adressan. Wind: N. Strom ausgehend. Mevter 14 1/2 F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. April. Witterung: trübe. Temperatur: + 14 ° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen, anfangs steigend, schließt niedriger, loco pr. 85 Pfd. gelber 63-68 $\frac{1}{2}$ bez., mit Auswuchs 45-58 $\frac{1}{2}$ bez., 83-85 Pfd. gelber Frühjahr 68, 67 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 68, 67 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 69, 68 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., Juli-August 70, 69 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd.

Roggen, anfangs höher, schließt etwas niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 46-47 $\frac{1}{2}$ bez., 1 Anmeldeung 45 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 46 1/2, 46, 45 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., 80 Pfd. 46 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 47, 46 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., Juni-Juli 48, 47 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 48, 47 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., September-Oktober 47 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd.

Gerste loco per 70 Pfd. schlechte 38-42 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., märker 43 $\frac{1}{2}$ bez., 70 Pfd. schlechte Frühjahr 43 1/2, 43 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd.

Erbisen loco Futter- 48-49 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Koch- 50-51 $\frac{1}{2}$ bez., Futter- Frühjahr 50 1/2 $\frac{1}{2}$ bez.

Rüböl fest und höher, loco 16 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., April-Mai 16 1/2, 16 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez. und Br., 16 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., September-Oktober 12 1/2, 12 $\frac{1}{2}$ bez. und Br.

Spiritus unverändert, loco ohne Faß 14 1/2, 14 $\frac{1}{2}$ bez., mit Faß 14 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 14 3/4 $\frac{1}{2}$ bez., 14 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 14 1/2, 14 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., 14 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 15 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., Juli-August 15 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., 15 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd.

Angemeldet: 300 Wpl. Weizen, 1000 Wpl. Roggen, 100 Wpl. Erbsen.

Hamburg, 11. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, ab Auswärts leblos. Termingetreide ruhig, pr. April-Mai 5400 Pfd. netto 108 Wpl. Br., 107 Gd., pr. Juli-August 113 1/2 Br., 112 1/2 Gd. Roggen loco fest, ab Auswärts leblos. Für Termine steigende Tendenz. Br. April-Mai 5000 Pfd. netto 78 Br., 77 Gd., pr. Juli-August 80 Br., 79 1/2 Gd. Del fest, pr. Mai 33 1/2 bez., Br. u. Gd., per Oktober 26 bez., Br. und Gd. Raffee 2000 Sac Santos zu 6-7 1/2 verkauft. Zink matt, loco 16 Mt. 1 Sch., pr. Frühjahr 15 Mt. 15 Sch. — Wetter: regnerisch.

Amsterdam, 11. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen loco lebhaft, auf Termine 1 1/2 Fl. höher. Rapps pr. Oktober 69 1/2. Rüböl pr. Mai 53, pr. Herbst 41 1/2.

London, 11. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen etwas gefragt. Hafer behauptet zu unveränderten Preisen. Gerste langsam, Preise etwas niedriger. Wetter: Regen.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.